

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 6

Artikel: Alibi der unbegrenzten Möglichkeiten
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093880>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz zum Motiv der vorafghanischen «Hilferufe» an die Sowjettruppen

Alibi der unbegrenzten Möglichkeiten

In ZB, Nr. 4/1980, hat Prof. Revesz nachgewiesen, dass das «afghanische» Motiv sich mit geradezu unheimlicher Genauigkeit in der Entstehungsgeschichte der heutigen UdSSR vorgeprägt findet. Heute geht es um die Kontinuität von Aggression und Rechtfertigungstheorie mit den unechten Hilferufen der okkupierten Völker. Die Kombination von Gewalt und Lüge konnte Erfolg haben, weil wir auf die echten Hilferufe der Völker nicht reagieren wollten. Aber das Gebiet unserer Ausfluchtmöglichkeiten wird kleiner und kleiner. Bis wir an der Reihe sind, wird es niemanden mehr geben, an den wir appellieren können. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt.

Die Sowjetunion begann 1939 den Zweiten Weltkrieg als Verbündete Hitlerdeutschlands. Der sowjetische Einmarsch nach Polen und dem Baltikum war durch Allianzverträge mit der nationalsozialistischen Macht abgesichert: Nichtangriffspakt vom 23. 8. 1939, Zusatzprotokoll vom gleichen Datum über die deutsch-sowjetische Aufteilung der Einflussphären in Osteuropa, Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. 9. 1939. Dass die Aggressionen ihrerseits durch Verträge mit Moskau «gesichert» waren, spielte keine Rolle.

Zusammen mit Hitler: Polen und Baltikum

Moskau hatte mit Warschau am 18. 3. 1921 einen «ewigen Friedensvertrag» geschlossen. Am 5. 7. 1932 folgte ein Nichtangriffspakt. Darin verzichteten die Partner unter Bestätigung des bestehenden Vertragswerkes auf den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen. Art. 1 definierte und untersagte als Gewaltakt jegliche Handlung, welche «die Integrität und die Unantastbarkeit des Territoriums oder der politischen Unabhängigkeit des andern vertragschliessenden Partners verletzt, auch wenn diese Handlungen ohne Kriegserklärung und unter Vermeidung sämtlicher für einen Krieg möglicher Symptome verwirklicht werden sollten».

Juristisch war damit jeder Vorwand zur Kriegsauslösung «ausgeschlossen», aber am 17. 9. 1939 überrannten die Sowjettruppen das Land ohne Kriegserklärung. Molotow in seiner Radiorede vom gleichen Tag: «Die Sowjetregierung erachtet es als ihre heilige Pflicht, ihren Brüdern, den Ukrainern und Weissrussen, die in Polen leben, die Hand zu reichen.»

Auch den drei baltischen Staaten waren Souveränität und territoriale Integrität von der UdSSR durch ewige Friedensverträge (1920) und Nichtangriffspakte (1932/33) garantiert; Moskau hatte

ausdrücklich auf alle Rechte in diesen Ländern verzichtet.

Im Herbst 1939 zwang der Kreml die drei Regierungen unter Drohungen zur Unterzeichnung von Beistandspakten, welche die UdSSR ermächtigten, strategisch wichtige Teile der Republiken zu besetzen. Dann «baten» die okkupierten Länder im Sommer 1940 um Aufnahme in die Sowjetunion.

Finnland hingegen liess sich einen analogen Beistandspakt nicht aufzwingen. So überfiel die UdSSR am 30. 11. 1939 das Land (ohne Kriegserklärung) in der Hoffnung, sich ihre Beschützerrolle von den Unterworfenen bestätigen zu lassen. Als auch dieses Vorhaben am erbitterten finnischen Widerstand scheiterte, rief man am 3. 12. 1939 in Moskau eine Finnische Volksrepublik aus — unter dem Vorsitz von Otto Kuusinen, dem sowjetischen Politbüromitglied finnischer Herkunft. Und jetzt wurde auch der bis anhin fehlende Hilferuf des finnischen Volkes nachgeholt.

Auch gegenüber Finnland hatten die Sowjets 1920 in einem Friedensvertrag ihrer Rechte auf finnische Gebiete ausdrücklich entsagt. Der spätere Nichtangriffspakt vom 1. 1. 1932 in Helsinki

bestätigte das (Art. 1 Abs. 1): «Die vertragschliessenden Parteien garantieren einander die Unantastbarkeit der zwischen der UdSSR und der Republik Finnland bestehenden Grenzen, festgelegt im Friedensvertrag vom 14. Oktober 1920 in Dorpat, der die unerschütterliche Grundlage ihrer Beziehungen bleibt (...).»

Ungarn 1956: Der Hilferuf einer «Regierung», die von Moskau volle acht Tage später eingesetzt wurde

Ueber einen Fall von «Hilferuf» an die Sowjets herrscht im Detail noch immer Unklarheit. Allerdings in eingeschränkter Fragestellung: Haben die Sowjets jenen Hilferuf «nur» befohlen oder frei erfunden?

Es geht um die Niederschlagung der ungarischen Revolution von 1956.

Der Volksaufstand brach am 23. Oktober aus. Die in Ungarn stationierten Sowjettruppen griffen sofort ein, wurden aber bis zum 29. Oktober zurückgeschlagen. Nun erklärten sich die Sowjets bereit, über den Rückzug ihrer Truppen zu verhandeln. Ungarn erklärte am 1. 11. 1956 die Neutralität nach schweizerischem Muster und trat aus dem Warschauer Pakt aus. Die Verhandlungen zwischen den gegenseitig anerkannten Regierungen dauerten an.

Am 4. November meldete Radio Kossuth unvermittelt in den Frühnachrichten, die «Regierung Kadar» habe die Sowjettruppen um Hilfe gerufen, um die «Konterrevolution» niederzuschlagen und den Sozialismus in Ungarn zu retten.

In der Nacht zuvor war die ungarische Militärdelegation, die am 3. November auf sowjetische Einladung im sowjetischen Hauptquartier über den Rückzug der sowjetischen Truppen verhandelte, gefangen genommen worden.

Kadar selbst gehörte der nunmehr als «konterrevolutionär» bezeichneten Regierung unter dem (notabene kommunistischen) Ministerpräsidenten Imre Nagy an. Am 2. November war er plötzlich verschwunden. Er «gelangte» dann mit vier Genossen ins grenznahe sowjetische Gebiet der Karpato-Ukraine. Ob er die Sowjets freiwillig aufgesucht hat oder von ihnen verschleppt wurde, bleibt ein Rätsel. Er selbst hat sich über jene Tage immer ausgeschwiegen, aber das ist kein schlüssiges Indiz, denn peinlich wäre es so oder anders.

Im übrigen hatten die Sowjets mit ihrer eigenen Version von der legalen ungarischen Regierung die grösste Mühe. Auf ihr Geheiss setzte der ungarische Präsidialrat die Regierung Nagy ab, aber erst am 12. November! Moskau hat die Zu-

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

Kombination im Politwitz

Den Zusammenhang zwischen Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968 und Afghanistan 1979 diagnostiziert die Bevölkerung Osteuropas mit dem politischen Instinkt ihrer Erfahrung. Der folgende Politwitz kursiert in Budapest auch und gerade in Funktionärskreisen.

In Moskau ist ein Büro für internationalistische Hilfe eröffnet worden. Wer sie beanspruchen will, braucht bloss die richtige Telefonnummer einzustellen, 56 68 79.

Und ein Beitrag für den aktuellen Politunterricht:

Die imperialistische Propaganda macht ein grosses Geschrei wegen der angeblichen afghanischen Frage. Dabei gibt es sie gar nicht. Die Afghanen haben nämlich das zuvor von ihnen besetzte Land schon geräumt.

Pro memoria noch ein tschechoslowakischer Evergreen mit afghanischer Dimension:

Warum sind die Russen in die CSSR gekommen? Weil die Werktätigen sie gerufen haben. Und wie lange werden sie bleiben? Bis sie diese Werktätigen gefunden haben.

ständigkeit des Präsidialrates vorher und nachher immer anerkannt. Demnach müsste also nach sowjetischer Auffassung zwischen dem 4. und dem 12. November die Regierung Nagy doch legal gewesen sein, und die «Regierung Kadar» illegal... Das Unternehmen Alibibesorgung vollzog sich unter grotesken Widersprüchen.

Auf jeden Fall marschierten die sowjetischen Truppen nach Ungarn ein. In der ersten Zeit versuchte man diese Hilfeleistung mit imperialistischen Einmischungen zu rechtfertigen, aber leider liess sich in Ungarn kein einziger Imperialist auftreiben. Dann berief sich Moskau auf die Verpflichtungen des Warschauer Paktes, «vergass» aber dieses Motiv schleunigst, als man im Westen die WP-Bestimmungen hervorholte, die eine militärische Intervention lediglich im Falle eines Angriffes von aussen erlauben. So blieb es schliesslich beim «Hilferuf».

«Einladungen» aus der CSSR 1968: von peinlich fabriziert bis peinlich authentisch

Ein anderes Paradox der Hilferufe war zwölf Jahre später im Zusammenhang mit der Invasion der Tschechoslowakei zu registrieren. Es gab Hilferufe von fragwürdiger bis widerlegter

Authentizität, die sowjetischerseits plakatiert wurden, und es gab eine durchaus authentische «Einladung» von sowjetfreundlichen Politikern, die jahrelang verschwiegen wurde.

Die Moskauer «Prawda» veröffentlichte vor der Invasion einen (angeblichen?) Brief von ungenannten Angehörigen der tschechoslowakischen Volksmiliz, die den Sozialismus in der CSSR bedroht sahen. In der Tschechoslowakei selbst zweifelte der Leiter der Volksmiliz die Echtheit jenes Schreibens an. Noch umstrittener war nach der Invasion ein Brief von 99 Arbeitern des Werkes Auto-Praha mit einem Willkommen für die brüderlichen Soldaten. Die schon besetzten, aber noch nicht normalisierten Tschechoslowaken gingen den Unterschriften nach und spürten Fälschungen auf.

Die Sowjets und die von ihnen bevormundeten tschechoslowakischen Behörden verzichteten jedenfalls in der Folge auf Namhaftigkeiten und stützten die sogenannte «Einladungstheorie» nur noch auf die Briefe «Tausender von Werktätigen», die schön uneruerbar blieben. Das Schwergewicht der Rechtfertigung lag seit November 1968 ohnehin auf der sogenannten Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität. (Wenn in einem sozialistischen Land der Sozialismus gefährdet ist, haben die übrigen Länder der sozialistischen Gemeinschaft die Pflicht, ihn zu retten.) Diese These findet sich heute sogar in den Staatsverfassungen des vorgeschickten Bulgariens (1971) und der Sowjetunion selbst (1977). Angesichts dieser Hauptsache liess man das Motiv der suspekten Hilferufe «aus der werktätigen Bevölkerung» zur Nebensache verplätschern: Man beharrte darauf, dass es sie gegeben habe, ohne das aber zu einem Thema der Normalisierungspropaganda zu machen.

Und dabei — so will es die Ironie der Geschichte — hätten die Sowjets die ganze Zeit über einen höchst authentischen und gewichtigen Hilferuf

vorzuweisen gehabt! Denn mindestens 35 «Internationalisten», die mit dem Kurs Dubceks nicht einverstanden waren, hatten tatsächlich in einem Schreiben die Sowjetführung um Intervention gebeten, darunter mit Vasil Bilak und Alois Indra zwei Spitzenpolitiker von damals und heute. Aber gerade diese Leute mussten nach der Invasion ihre (in weiten Kreisen vermutete) Rolle als wahrhaftige Helfershelfer geradezu krampfhaft abstreiten und taten es auch; anders hätten sie sich als «tschechoslowakische Repräsentanten» der sowjetischen Normalisierung vollends unmöglich gemacht. Moskau liess ja damals zur Beruhigung der Uebergangsphase kurzfristig sogar den entmachteten Parteichef Dubcek im Amt.

(Die Geschichte dieser einmaligen Abstreitung eines zur Abwechslung nicht erfundenen Hilferufes hatten wir seinerzeit in ZB, Nr. 16/1971, ausführlich dargestellt.)

Die Ueberseekorps der siebziger Jahre

Die «Hilfeleistungen» militärischer Invasionen weiteten sich in den siebziger Jahren doppelt aus: einerseits als Eroberungskriege in der Dritten Welt, andererseits als Stellvertreterkriege durch die Beanspruchung kubanischer Truppen, ostdeutscher Sicherheitsdienste usw. Gleichzeitig ging damit die Aera des «internationalen Gleichgewichts» zu Ende; die Sowjetunion tritt nunmehr als massgebliche Hegemonial- und Kolonialmacht auf.

Im Falle Angola besorgte Moskau unter anderem durch seine kubanischen Fremdenlegionen den Sieg der MPLA über die afrikanischen Befreiungsbewegungen FNLA und Unita, die sich als stärker erwiesen hatten, solange die «Konkurrenten» auf eigene Kräfte angewiesen waren.

Im Falle von Aethiopien verriet das Sowjetlager nicht nur die zuvor unterstützte Unabhängigkeitsbewegung von Eritrea, sondern ermöglichte dem Diktator Menghistu auch den Sieg über die eigene Bevölkerung, unter anderem dank Massenmorden an (übrigens grossteils marxistisch orientierten) Studenten und Schülern.

In Südjemen unterwarfen die Kräfte des Sowjetlagers das Volk zuerst einer nationalkommunistischen Führung; dann wurde diese beseitigt und durch schlichte Sowjetstatthalter ersetzt.

Für die «Hilfe» an Laos und Kambodscha war das seinerseits sowjetisch dominierte Vietnam besorgt; hier wie überall fand man natürlich ein paar Quislinge, die im Namen des Volkes um die internationalistische Hilfe baten.

Afghanistan ist in dieser Hinsicht nur ein neuer Anwendungsfall. Und kein Ausrutscher, der einer vermeintlich andersgearteten internationalen Normalität widersprechen würde. Afghanistan ist sowjetische Normalität, ebenso wie die sowjetischen Eroberungen insgesamt zur internationalen Normalität gehören.

Opfer sind heute unverdient die Bevölkerungsmassen in Asien und Afrika. Man unterwirft sie, man vertreibt sie, man mordet sie. Und die Opfer von morgen werden — weniger unverdient — wir sein. Wenn wir nicht endlich davon abkommen, diese Normalität hinzunehmen. ■



Sowjettruppen rücken 1940 in Vilnius ein — als Verbündete Hitlerdeutschlands.